



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Kansasfrage in Amerika.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Kanasafrage in Amerika.

Das Zerwürfniß zwischen England und Amerika ist seit unsrer Besprechung dieser Frage durch zwei Ereignisse in ein neues Stadium getreten. Der englische Gesandte Crampton in Washington hat seine Pässe bekommen und „General“ Walker, der Freibeuterhauptling in Nicaragua, ist in der Person seines Gesandten Padre Wigile vom Präsidenten anerkannt worden.

Die Frage, ob wir einen Krieg zwischen den beiden Mächten haben werden, ist dadurch noch nicht entschieden. Muß das englische Cabinet jetzt den amerikanischen Gesandten, Mr. Dallas, fortschicken? Wir glauben, daß keine Nöthigung vorliegt. Jeder Regierung muß das Recht zugestanden werden, einen Gesandten zu entlassen, welcher, sei es nun aus einer wirklichen oder eingebildeten Ursache, dem Haupte dieser Regierung persönlich unangenehm wird. Mr. Crampton befindet sich ohne seine Schuld in dieser Lage dem Präsidenten gegenüber. Er hat sich das Mißfallen dieses schwächsten aller bisherigen Staatsoberhäupter Amerikas und der Großsprecher und Kaufbolde in seiner Umgebung zugezogen, und es ist ein Vortheil für ihn sowol als für England und Amerika, wenn er sich aus einer Stellung zurückzieht, die er nicht länger mit Nutzen ausfüllen kann. In Betreff des Mr. Dallas existiren keine solchen Empfindungen, und es würde zu bedauern sein, wenn das englische Cabinet bloß um Gleiches mit Gleichem zu vergelten den kleinlichen Trotz der Herren in Washington nachahmen wollte. Großbritannien kann es in der Würde unbezweifelter Macht und unbesleckter Ehre sehr wohl mit ansehen, daß ihm von drüben her eine Faust gemacht wird. Vielleicht ist der einzige Weg, auf welchem Lord Clarendon dem amerikanischen Volke die Meinung des britischen Cabinets in dieser rein persönlichen Frage andeuten kann, der, daß er Mr. Crampton eine wichtigere Mission überträgt, als die, welche er jetzt aufgeben muß. Was aber auch geschehen möge in dieser Angelegenheit, so viel ist klar, daß, so lange Mr. Pierce Präsident ist, England keinen Gesandten in Amerika haben wird.

Dennoch und trotz aller der Großsprecherereien der amerikanischen Presse glauben wir nicht an einen Krieg zwischen den beiden Nationen. Zunächst deshalb nicht, weil England gerüstet und Amerika nicht gerüstet ist. Sodann aber auch, weil in England die öffentliche Meinung entschieden gegen einen solchen Kampf ist. Die Engländer zerfallen über jede Frage in Parteien. In einem Punkte aber sind sie einig, in der Frage nach einem Kriege mit den Vereinigten Staaten. Niemand wünscht ihn, jedermann verurtheilt ihn. Jeder würde sich lieber dreimal so viel Unangenehmes von Amerika sagen und anthun lassen als er von Rußland, Frankreich oder irgend welcher andern Macht

sich gefallen ließe. Niemand würde der erste sein wollen, der die Hand aufhob gegen die Verwandten „jenseits des großen Wassers.“ Endlich aber kann grade im gegenwärtigen Augenblick den Amerikanern sehr wenig an einem Kriege liegen, der ganz andre Dimensionen annehmen würde, als der letzte.

Die Nachrichten von Kansas, welche diese Woche eingetroffen sind, zeigen, wie mächtig die Motive waren, welche die Politik Mr. Pierces gegenüber dem Auslande bestimmten. Die Hoffnung, eine stürmische Begier nach Krieg anzuregen und auf diese Weise die öffentliche Aufmerksamkeit von den Schandthaten der Grenzleute in Missouri und der noch schmachvollern Handlungsweise der Centralregierung, welche zu diesen Schandthaten die Hand bietet, abzulenken, hat unzweifelhaft den wesentlichsten Theil der Beweggründe ausgemacht, welche den Präsidenten veranlassen, einen Streit mit England vom Zaune zu brechen.

Um zu verstehen, was jetzt in Kansas vorgeht, müssen wir einen Rückblick auf die frühere Geschichte dieses Territoriums thun. Durch die sogenannte Nebraskaacte, welche im Jahr 1854 vom Präsidenten unterzeichnet wurde, wurde festgesetzt, daß fernerhin jeder neue Staat oder jedes Territorium durch seine eigne Gesetzgebung bestimmen sollte, ob er zu den freien oder zu den Sklavenstaaten gehören wolle — eine Frage, die früher dem Congress zur Entscheidung überlassen worden war. Auf Grund dieser Acte sollte im März 1855 die Wahl einer gesetzgebenden Versammlung in Kansas vorgenommen werden, und wenn die Entscheidung den wirklichen Einwohnern des Territoriums überlassen worden wäre, so würden diese sich ohne Zweifel dahin erklärt haben, einen freien, nicht einen Sklavenstaat bilden zu wollen. Dies aber waren die Sklavenhalter des benachbarten Missouri mit allen Mitteln zu hindern entschlossen. Als der Wahltag kam, zogen starke Banden von ihnen aufgewiegelten Gefindels bewaffnet mit Bowiemessern und coltschen Revolvern über die Grenze nach Kansas, trieben die Ansiedler, welche gegen die Sklavenhalterpartei gestimmt haben würden, theils mit Gewalt, theils durch Einschüchterung von den Wahlurnen weg und wählten dann ihrerseits eine Anzahl Vertreter, wozu sie natürlich als Nichteingesessne kein Recht hatten. Dieses ungesetzliche Parlament versammelte sich bald nachher und beschloß eine Anzahl von Gesetzen zur Aufrechthaltung der Sklaverei. Das Volk von Kansas protestirte gegen dieses unerhörte Vorgehen und wählte, als jene Banden sich wieder entfernt, eine Gesetzgebung, welche ihre wahre Meinung in Betreff der Sklavenfrage ausdrückte. Sie wählten auch einen Delegaten in das Repräsentantenhaus der Congresses, und die Missourier wählten, indem sie nochmals einen bewaffneten Einfall in das Gebiet unternahmen, ebenfalls einen Delegaten. Die Partei der Freiheit, welche beinahe sämtliche wirkliche Ansiedler des Territoriums umfaßte, ver-

langte durch ihren Vertreter Zulassung zum Congreß. Dieser jedoch konnte zu keinem Entschluß kommen. Alles was er thun konnte war die Niedersetzung einer Untersuchungscommission, welche im April dieses Jahres ihre Sitzungen in der Stadt Lawrence in Kansas begann. Die vor dieser Commission vorgebrachten Beweise lassen keinen Zweifel mehr zu, daß bei der Wahl vom März 1855 die Eindringlinge von Missouri und nicht das wirkliche Volk von Kansas gewählt haben. Sie zeigen unwidersprechlich, daß ein großer Theil der Scheinlegislatur, welche jener bewaffnete Pöbel gewählt, und welche der Präsident als „regelmäßig constituirte Behörde“ anerkannt, nie im Territorium, sondern stets in Missouri gewohnt hat.

Da die Sklavenhalter Missouris, welche ein scharfes Augenmerk auf die Fortschritte der Untersuchung hatten, vor den überraschenden Aufschlüssen, die von den Zeugen gegeben worden waren, erschrocken, so beschloßen sie, ihre Macht zu benutzen, um den Fortgang der Verhöre zu hindern. Nachdem sie sich gewiß geworden, daß die schwachmüthige Centralregierung in ihrem Bestreben, die Partei der Sklavenhalter in der Union um jeden Preis bei guter Laune zu erhalten, bereit sei, ihnen in jeder Hinsicht den Rücken zu decken, begann sie ein vollständiges Schreckensregiment in Kansas einzuführen. Mehre Monate hindurch sandten sie ihre bewaffneten Banden aus Missouri nach dem Territorium, und diese begingen unter dem Vorwande, die von der Scheinlegislatur beschloßenen Gesetze zum Vollzug zu bringen, allerlei Unthaten an den friedlichen Ansiedlern. Vor einigen Wochen ersuchten sie den Gouverneur Serder, ein Mitglied der Commission zu verhaften, indem sie angaben, er habe sich gegen die gesetzliche Autorität aufgelehnt, in Wahrheit aber, weil sie dadurch die weitere Untersuchung zu hemmen glaubten. Dann aber neckten und schreckten sie die freien Ansiedler auf jede mögliche Weise, indem sie die Hoffnung hegten, daß sie sich auf diese Weise aus dem Territorium vertreiben lassen würden.

Da die Antislaverie-Party in Kansas indeß bei ihren Grundsätzen beharrte, so wurden von Seiten der Gegner gewaltsamere Maßregeln ergriffen, und es ist ein förmlicher Bürgerkrieg ausgebrochen. Am 21. Mai rückten zwölfhundert Bewaffnete mit mehren Geschüßen über die Grenzen von Missouri und lagerten sich in der Nähe von Lawrence, dem Hauptquartier der Abolitionisten. Sie gaben als Zweck ihres Erscheinens die Absicht an, mehre Personen zu verhaften, welche gegen die von der Legislatur gegebenen Gesetze gehandelt hätten. Am folgenden Tage zog ein Theil derselben in die Stadt, und obwol nicht der mindeste Widerstand geleistet worden, wurden zunächst das Grenstatelhotel, das Haus des Gouverneurs und zwei Druckereien niedergebrannt. Dann wurden zwei von den Häuptern der Abolitionisten erschossen, und als hierauf die gesammte Bevölkerung den Ort verließ, steckte jener be-

waffnete Pöbel — den ein Marschall der Vereinigten Staaten anführte — das Städtchen in Brand.

Die Nachricht von diesen schmachvollen Vorgängen hat in allen Nichtsklavestaaten einen Sturm der Entrüstung gegen Mr. Pierce und seine Art zu regieren hervorgerufen. Jedermann scheint zu fühlen, daß die Krisis der Union endlich gekommen ist. Selbst das Organ der Regierung gesteht das zu. Indem es von Kansas spricht, sagt es: „Welche Frage sich auch in dem Wahlkampfe geltend machen sollte, die Sklavenfrage, wie sie in der Maßregel gegen Kansas eingeschlossen ist, wird den Vorrang behaupten — in Vergleich mit ihr sind alle andern Fragen von geringerer Bedeutung.“ Höchst wahrscheinlich wird sich das erfüllen, trotz aller Versuche des Cabinets Pierce, diesen Gegenstand in der Aufregung der Gemüther verschwinden zu lassen, welche ein Krieg mit England hervorzurufen geeignet schien. Die Sklavenfrage muß entschieden werden, selbst wenn sie zu einer Trennung der Union führen sollte. Und wird das amerikanische Volk einen Kampf mit England wagen, wenn ein solcher Entscheidungskampf zu gleicher Zeit im Inlande wüthet?

### Die Bildung der Frauen.

Bibliothek für die deutsche Frauenwelt. Erster Band: Mythologie der Deutschen. Von Claire von Glümer. Leipzig, D. Wigand. —

Ueber weibliche Erziehung von Ganna More. (Aus ihrem „Essays on various subjects“). Aus dem Englischen übersetzt und mit einer Einleitung über den gegenwärtigen Stand der Literatur über weibliche Pädagogik begleitet von Dr. Robert König, Rector der Caecilien Schule in Oldenburg. Oldenburg, G. Stalling. —

Die Idee der Frauenemancipation, welche seit den Zeiten des jungen Deutschland und der romantischen Schule in Frankreich innerhalb der Literatur eine so ungehörliche Ausdehnung gewonnen hat, stellt sich für jedes gesunde Gefühl augenblicklich als eine Verirrung dar, für welche kein Rechtfertigungsgrund gefunden werden kann. Aber wie es überhaupt keine Wirkung ohne Ursache gibt, wie auch die Krankheit als ein Symptom von der innern Beschaffenheit des Organismus aufgefaßt werden muß, so läßt sich der Grund des Mißbehagens der modernen Frauen an ihrem Loos wol nachweisen. Nur liegt er nicht in der Natur der Dinge, sondern in der eigenthümlichen Bildung, die man ihnen gibt. In frühern Zeiten erlangten sie keine andere Bildung, als diejenige, die sich auf ihren spätern Beruf bezog, und wer sich aus eigener Kraft mehr davon aneignete, wurde von der Gesellschaft sofort als eine Ausnahme betrachtet, auf welche die herkömmlichen Regeln nicht anzuwenden seien. In